

## FORUM

## Transferdemokratie!

Deutschland profitiert von Zahlungen an die Südländer – und von den niedrigen Zinsen infolge der Euro-Krise VON SYLVIE GOULARD

Die Euro-Krise ist nicht so akut, wie sie schon war, aber sie ist alles andere als vorbei. In einem Beitrag für die ZEIT hat die Glienicker Gruppe – eine Gruppe führender deutscher Ökonomen, Juristen und Politikwissenschaftler – deshalb vor zwei Wochen zu Recht gewarnt: »In den Krisenländern wird eine ganze Generation ihrer Lebenschancen beraubt.« Außerdem ist eine politische Radikalisierung im Gang: In Italien haben Silvio Berlusconi und Beppe Grillo im Februar mit Anti-EU- und antideutschen Tönen Stimmen gewonnen. In Frankreich führt mit Marine Le Pen sogar eine Politikerin mit einer rechtsextrremen Partei die Umfragen zur Europawahl an.

Die Frustration der Bevölkerung hat auch mit europäischen Entscheidungsprozessen zu tun. Die Arbeitsmethode des Europäischen Rates, der nachts und ohne Transparenz tagt und sich in Teilen seines Handelns fast schon vordemokratisch der Rechenschaft entzieht, worauf Jürgen Habermas warnend hinweist, ist für antieuropäische Populisten ein Geschenk. Eine Initiative zur demokratischen Verfassung Europas ist also notwendig. Dass die Initiative hierzu mit der Glienicker Gruppe nun aus Deutschland kommt, ist von strategischer Bedeutung.

In der aktuellen Krise um den Euro kommt der Bundesrepublik eine besondere Verantwortung zu. Im Ausland wird besorgt gerätselt, wie die dortige Regierung im Spannungsverhältnis von Bundesbank, Bundesverfassungsgericht und Bundestag dieser Verantwortung gerecht zu werden gedenkt. Mancherorts hat im Zuge der Krise um den Euro sogar der abwegige Verdacht einer deutschen Hegemonialbestrebung Konjunktur. Tatsächlich muss Deutschland aber helfen, eine wichtige Frage zu beantworten: Wie soll eine Währungsunion in Zukunft funktionieren, wenn 17 Parlamente und 17 Verfassungsgerichte denselben Anspruch erheben würden wie heute Bundestag und Bundesverfassungsgericht?

Deutschlands größte Errungenschaft der Nachkriegszeit ist der Aufbau einer außerordentlich stabilen Demokratie mit einer starken parlamentarischen und verfassungsrechtlichen Kontrolle der Exekutive und einer lebendigen politischen Debatte. Was die Glienicker Gruppe vorschlägt, ist, eben daraus ein Exportgut zu machen.

Viele Franzosen werden zunächst skeptisch sein. Sie haben wenig Erfahrung mit Föderalismus und tief greifender parlamentarischer Legitimation. Die Deutschen sollten dieser Skepsis entgegenzutreten und aktiv in Frankreich werben, um die Zivilgesellschaft für so ein positives Projekt zu gewinnen.

Aus diesem Grunde hätte ich, anders als die Glienicker Gruppe, den Ausdruck »Wirtschaftsregierung« vermieden, da der Begriff in Frankreich eher für eine Koordinationslösung steht, ohne die von der Gruppe zu Recht geforderte demokratische Legitimation. Außerdem macht der Begriff nicht hinreichend klar, dass die Glienicker auch eine ge-

meinsame Arbeitslosenversicherung und Außenvertretung fordern. Dabei könnte gerade ein so breites Aufgabenspektrum Interesse in Paris wecken, nachdem sich Deutschland in der Außen- und Verteidigungspolitik jüngst sehr zurückgehalten hatte.

Mir sind die Einwände gegen einen großen Integrationschritt hin zu mehr Verantwortung für europäische Institutionen wohl bewusst. Dass die Bevölkerungen nicht dazu bereit seien, ist einer davon. Die Pflicht unserer Generation ist es aber, eine neue Antwort auf die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu geben, nicht ängstlich in den Kategorien von gestern gefangen zu bleiben. »Politische Unionen sind dazu da, gemeinsam öffentliche Güter bereitzustellen«, schreiben die Glienicker. Das könnte tatsächlich die Basis einer spannenden neuen Diskussion sein. Bei Fragen wie dem Klimawandel spielen Unterschiede im Vergleich zu alten nationalen Interessen eine geringere Rolle.

Bevor wir einen Euro-Vertrag verhandeln, müssen wir die Ratifizierungsfrage klären, um Frankreichs Präsidenten François Hollande zu überzeugen, zumal die Franzosen 2005 in einer Volksbefragung eine EU-Verfassung abgelehnt haben. Mario Monti und ich haben in einem Buch Lehren aus diesem Scheitern entwickelt: Europa braucht ein einheitliches Ratifizierungsverfahren, das alle betroffenen Europäer gleichzeitig mobilisiert oder mindestens verhindert, dass ein Staat, der den Vertrag ablehnt, die anderen blockieren oder erpressen kann.

Eine weitere Sorge, der wir begegnen müssen, ist die deutsche Angst vor der »Transferunion«, in der wirtschaftlich starke Länder schwächere subventionieren. Es gibt in Deutschland die Vorstellung, dass die südlichen Länder schon enorme Summen verschlungen haben. Dabei

wird übersehen, dass meistens gar kein Geld geflossen ist, sondern dass es um Garantien ging und – was noch wichtiger ist – dass wir in Griechenland die Interessen nördlicher Banken gewahrt haben, die dort Geld verliehen hatten. Arbeitnehmer und Unternehmer im Exportland Deutschland profitieren zudem vom Binnenmarkt sowie von einem stabilen Euro. Darüber hinaus kommen dem deutschen Steuerzahler die niedrigen Zinsen auf deutsche Staatsanleihen als Folge der Krise zugute. Das alles sollte bedacht werden, statt begrenzte Transfers vorschnell kategorisch abzulehnen, die die Nachhaltigkeit der Euro-Zone besser sicherstellen als der Status quo. Einen Punkt sehe ich in diesem Zusammenhang allerdings anders als die Glienicker: Eine weitgehende Finanzierung eines Haushalts der Euro-Staaten aus eigenen Steuereinnahmen wäre effizienter als die aus Mitgliedsbeiträgen.

Konkrete, demokratische Lösungen anzubieten, um die Verzweigung eines Teils der Bevölkerung der Euro-Zone zu vermeiden, sollte bei der Bewältigung der aktuellen Krise absoluten Vorrang haben vor der Angst einer Spaltung der EU. Alle Partner würden sich mit einer erfolgreichen Euro-Zone leichtertun als mit einer instabilen.



Foto: Christian/haif

Sylvie Goulard ist liberale Europa-Abgeordnete. Die Politologin hat für das französische Außenministerium und die EU-Kommission gearbeitet

## Bankrott in Brasilien

Der Sturz des Unternehmerstars Eike Batista sagt wenig aus über das Land – aber viel über die internationalen Investoren VON THOMAS FISCHERMANN

Wenn Mächtige fallen, können sie sicher sein, dass genüsslich über ihren Absturz berichtet wird: Ihre Fehler werden detailliert ausgebreitet, Exzesse moralisch bewertet. So geht es jetzt dem Brasilianer Eike Batista. Über ihn, der einmal der reichste Mann der Welt werden wollte, wissen wir nun: Er ist mit seiner Öl-, Reederei-, Energieerzeugungs- und Gemischtkonzerngruppe grandios gescheitert. Rund 25 Milliarden Euro hat er verloren und könnte in diesen Tagen zum ersten Schuldenmilliardär (in Dollar) der Welt werden.

Batista musste seinen knallgelben Hubschrauber verkaufen. Seine drei Jets. Seine 54 Meter lange Jacht. Den Mercedes SLR McLaren allerdings, den er in seinem Wohnzimmer in Rio de Janeiro parkt, hat er dem Vernehmen nach behalten.

Die allgemeine Schadenfreude ist groß, verstellt aber den Blick darauf, wer wirklich Schaden nimmt am Sturz des Eike Batista: jene internationalen Investoren, die einem brasilianischen Wirtschaftswundertraum nachgingen, der mühe-losen Reichtum zu versprechen schien. Sie und ihre brasilianischen Partner waren besetzt von Batistas Versprechen, dass in Brasilien die Reichtümer nur so schlummerten, dass man bloß zugreifen müsse bei Ölorkommen und Chancen nutzen müsse bei Infrastruktur und Kulturschätzen.

Der deutschstämmige Unternehmer, der einmal in Aachen Metallurgie studiert hatte, investierte voller Ehrgeiz in all das zugleich und wurde damit nebenbei zum Chefvermarkter des brasilianischen Traums. Präsidentin Dilma Rousseff und ihr Vorgänger Luiz Inácio Lula da Silva zeigten sich gern mit ihm. Batista war es auch, der maßgeblich dafür sorgte, dass die Fußballweltmeisterschaft 2014 und die Olympischen Spiele 2016 nach Brasilien kommen.

Man sagte, Eike Batista habe eine goldene Hand: Als er etwa den Porto do Açu zu bauen begann, einen gigantischen Industriehafen im Norden von Rio de Janeiro, der endlich die Infrastrukturengpässe für die Exportindustrie beheben sollte, begannen die Menschen, ringherum in Wohnprojekte und Hotels zu investieren.

Jahrelang übersah seine Bewunderer die existenziellen Seiten des Eike Batista – seinen Aberglauben, seine Besessenheit mit Glückszahlen und dem Buchstaben X, der in jedem seiner Unternehmensnamen vorkommt, seine Begeisterungsfähigkeit für halbseidene Berater und Blender. Man redete nicht viel über die Reinfälle, die es in Batistas Unternehmensimperium gab: Seine Pink Fleet-Partybootstouren führten nicht weit – genauso wie seine Ausflüge in das Bier- und das Jeppgeschäft.

Aber so ist es eben mit nationalen Vorträgern. Es ist ihr Job, viel zu probieren, groß darüber zu reden und gelegentlich zu scheitern. In Großbritannien gibt es ja einen ähnlichen Vorgeze-Unternehmer, der wenig anders erschien als Eike Batista, bis der Probleme bekam: Richard Branson, der exzentrische Chef der Virgin Group. Auch er war nicht mit all seinen Unternehmungen erfolgreich, hat eine große Klappe und springt zu Werbezwecken gelegentlich in Unterwäsche aus Törten – zu Recht wird er jedoch als Inspiration für das Unternehmertum Großbritanniens gefeiert.

Ein Teil der Batista-Gruppe ist nun wohl nicht mehr zu retten: Der Energiekonzern OGX, das größte Einzelunternehmen Batistas, meldete am vergangenen Mittwoch Insolvenz an. Der Kurs der OGX-Aktien war schon über die vergangenen zwölf Monate hinweg um 96 Prozent gefallen, was vor allem daran lag, dass OGX zwar rund 180 Löcher in den Boden gebohrt hatte – aber überhaupt kein Öl oder Gas daraus fördern konnte. Der OGX-Chefgeologe Paulo Mendonça, genannt Doctor Oil, schied schon im Juni des vergangenen Jahres aus der Gruppe aus, als seine Fehlkalkulationen immer deutlicher wurden.

Der Rest der Batista-Gruppe wird schon seit einigen Monaten zerschlagen, und die einzelnen Segmente finden durchaus Käufer. Der gigantische Hafen von Açu etwa wird in kleinerem Umfang weitergebaut. Batistas deutscher Partner im Energiegeschäft, E.ON, nimmt ein Gemeinschaftsunternehmen an die kürzere Leine und schaut sich sogar nach Schnäppchen im restlichen Batista-Imperium um. Das tun auch andere Unternehmen seit Monaten. Viele Aktivitäten Batistas waren also vernünftig und werden weiterleben, ohne den Hype.

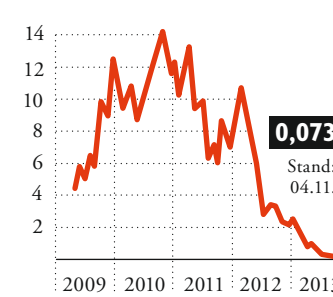
Zu den am stärksten betroffenen Opfern Batistas zählen nun etliche Finanzinvestoren: Geldverwalter aus dem Nahen Osten ebenso wie der Investitionsjüngleur BlackRock aus den USA. Sie sind zu große Risiken eingegangen mit Batistas Unternehmen und haben sich im brasilianischen Wirtschaftswunder verhalten wie einst Brasiliens Entdecker und Eroberer, die conquistadores: Sie hatten große Erwartungen an das schnelle Geld aus dem rohstoffreichen Land, doch keine Geduld für die Realität dort.

So ist es eben mit den Visionen schillernder Unternehmer: Man kann sich inspirieren lassen von ihnen und mitträumen, aber zwischendurch sollte man aufwachen und zur Arbeit gehen. Geld verdienen in Schwellenländern ist eine langfristige Beschäftigung, die solide Arbeit und gepflegte Kontakte erfordert und bei der man Rückschläge kalkulieren muss. Unterm Strich verspricht sie dann gute, aber selten wundersame Erträge.



## Rauf... und runter

Aktienkurs der Batista-Firma OGX Petroleo e Gas (in US-Dollar)



ZEIT-GRAFIK/Quelle: comdirect

## DER ÖKONOM

## Bloß nichts verlieren

Warum uns Verluste stärker ärgern, als uns Gewinne freuen VON JOHANN LAUX

Italiener, Franzosen und Österreicher – auf ihren Heimatstraßen geschöpft, brausen sie umsonst über unsere Autobahnen. Schluss damit, meint die CSU und hat CDU und SPD die Pkw-Maut in die Koalitionsverhandlungen diktiert. Künftig soll jeder, der auf deutschen Autobahnen fahren will, 100 Euro im Jahr bezahlen. Für deutsche Autofahrer soll es einen entsprechenden Nachlass bei der Kfz-Steuer geben. Aber weder die Kanzlerin noch die SPD sind von den Plänen begeistert. Und die meisten Autofahrer würden der Plus-minus-Rechnung der CSU wohl widersprechen.

Der Grund: das Phänomen der Verlustaversion. Verhaltensökonom haben herausgefunden, dass uns mögliche Verluste stärker schmerzen, als uns Gewinne glücklich machen. Für die meisten ist es unangenehmer, 100 Euro zu verlieren, als dass sie der Fund von 100 Euro freuen würde.

Entdeckt wurde die Verlustaversion von den israelisch-amerikanischen Psychologen Daniel Kahneman und Amos Tversky. Vor mehr als 30 Jahren beschrieben sie in ihrer Prospect Theory gleich eine ganze Reihe von irrationalen Befindlichkeiten der menschlichen Psyche. Mit ihren Ergebnissen säten sie Zweifel am Homo oeconomicus, der damals herrschenden Annahme unter neoklassischen Ökonomen. Nach ihr ist der Mensch ein rationaler Entscheider, der immer die Option mit dem am höchsten zu erwartenden Nutzen wählt.

Einen weiteren Beleg für Kahnemans und Tverskys Theorie lieferte Colin Camerer in den 1990ern anhand des Verhaltens New Yorker Taxifahrer. Diese setzten sich täglich ein bestimmtes Umsatzziel. War die Summe erreicht, stellten die Fahrer ihre Taxen ab und gingen nach Hause. An guten Tagen machten sie früh Feierabend, an schlechten Tagen kurvten sie noch lange durch die Straßen New Yorks. Dabei wäre es andersherum rationaler: bei viel Kundschaft länger zu fahren und an schlechten Tagen früher Schluss zu machen.

Wie ließen sich CDU und SPD dennoch von der Pkw-Maut überzeugen? Max Bazerman von der Harvard Business School schlägt vor, in politischen

Verhandlungen Themen so zu bündeln, dass Gewinne nur mit Verlusten verglichen werden. Die Verlustaversion wäre ausgetrickst. Die CSU müsste Kosten und Nutzen der Pkw-Maut versus Vor- und Nachteile kostenfreier Autobahnen diskutieren – und nicht etwa gegen einen bundesweiten Mindestlohn, das Wahlversprechen der SPD, verhandeln. Auf diese Weise hätten auch unpopuläre Maßnahmen eine größere Chance auf Verwirklichung, glaubt Bazerman. Aber: Auch innerhalb von Verhandlungen blockiert die Verlustaversion Zugeständnisse an die andere Seite.

Die SPD verlangt von der Kanzlerin ein Machtwort. Wahrscheinlich hat auch sie mit der Verlustaversion zu kämpfen. So lange gilt: freie Fahrt.

## Verlustaversion,

die; menschliche Neigung, mögliche Verluste stärker zu gewichten als gleich hohe Gewinne

## Business Class Christmas Specials by AIRFRANCE



DUBAI ab 1449 € NEW YORK ab 1599 €

HAVANNA ab 1749 € LOS ANGELES ab 1999 €

Höchster Komfort in Business Class: Lie-Flat-Sitz, Gourmet-Küche, exzellenter Service

www.airfrance.de

AIRFRANCE KLM DELTA

Preisbeispiele für einen Hin- und Rückflug ab Hamburg in Business Class inkl. SkyPriority Service am Flughafen, Lounge-Zutritt, erhöhter Freigepäck-Grenze, Steuern, Gebühren und Ticket-Service-Entgelt zzgl. einer Gebühr bei Zahlung mit Kreditkarte. Preisabweichungen möglich ab anderen Abflughäfen sowie bei Buchung im Reisebüro oder unter 0180 6 830 830 (0,20 €/Anruf aus dem Festnetz, Mobilfunk max. 0,60 €/Anruf). Buchungszeitraum: bis 20.11.2013. Reisezeitraum: 19.12.2013 bis 12.01.2014 (Nordamerika: Reiseantritt ab 16.12.2013 bis spätestens 05.01.2014). Begrenztes Sitzplatzangebot. Weitere Bedingungen und Informationen auf www.airfrance.de. Stand 31.10.2013